

DIESE GRÜNEN!

Bürgerbegehren nur knapp gescheitert!

■ Baumschutzsatzung wird abgeschafft

Tagebuch einer
Stadtbaum Freundin

19.12.05 – Schöne Bescherung!

Die Ratsmehrheit von CDU, SPD, FDP und den Grauen fasst den Grundsatzbeschluss, die Baumschutzsatzung in Wuppertal zum 1. Juli 2006 abzuschaffen. Mit bemerkenswerter Arroganz wird ein Antrag auf Überweisung in den Umweltausschuss abgelehnt. Offenbar geht es hier nur um eine Machtdemonstration der neu geschaffenen Kooperation zwischen CDU und SPD in Wuppertal. Welche Konsequenzen die Abschaffung der Baumschutzsatzung haben wird, soll die Verwaltung erst zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses darstellen. Ebenso wenig wurde im Vorfeld geklärt, ob es Kompromisslösungen gegeben hätte. Mir hat's jedenfalls die Vorweihnachtszeit ganz schön verhaagt!

20.01.06 – Mit vereinten Kräften für den Schutz der Bäume!

Bäume im bebauten Innenstadtbereich vermitteln Lebensqualität. Sie haben nicht nur eine bedeutende Funktion für Klima- und Lärmschutz, sondern stellen regelrechte kleine Biotope dar. Mit mir möchten sich daher einige engagierte Menschen möglichst effektiv für den Schutz von Stadtbäumen einsetzen. Gemeinsam gründen wir die neue Vereinigung mit dem Namen Stadtbaum Freunde. Für den Erhalt der Baumschutzsatzung wollen wir unsere Kräfte bündeln: In der Entscheidung für ein Bürgerbegehren sehen wir die einzige Möglichkeit, den Ratsbeschluss vom 19.12.05 zu kippen. Als Pressereferentin habe ich die Aufgabe, die Aktivitäten der Stadtbaum Freunde den Medien gegenüber zu vertreten.

24.01.06 – Weniger Einnahmen – mehr Ausgaben

Im Umweltausschuss liegt uns als Tischvorlage eine Verwaltungsdrucksache vor, aus der hervorgeht, dass die Stadt durch die Abschaffung der Satzung rund 100.000 € weniger pro Jahr einnehmen wird. Dagegen steigen die Kosten durch die geforderte Erweiterung der Naturdenkmalliste. Da wir Tischvorlagen nicht ohne Not beschließen, wird diese Drucksache zur nächsten Sitzung vertagt.

01.02.06 – Rebellion in Elberfeld!

Die Bezirksvertretung lehnt – gegen die Stimmen der CDU – den Ratsbeschluss vom 19.12.05 ab.

10.02.06 – Jetzt geht es richtig los!

Etwa 50 Personen besuchen die Auftaktveranstaltung für das Bürgerbegehren in der „börse“. Viele sind bereit, uns aktiv zu unterstützen – damit ist die Besetzung von Infoständen in den Innenstädten gesichert. Der offizielle Startschuss für das Bürgerbegehren ist gefallen.

14.02.06 – Überraschung!



Stadtbäume sind in Wuppertal nicht mehr geschützt

Als Mitglied der BV Barmen bin ich einigermaßen erstaunt, als die SPD beantragt, den Ratsbeschluss vom 19.12.05 auszusetzen bis eine Musterantrag des Deutschen Städtetages vorliegt. Wir beschließen - gegen die Stimmen von CDU und FDP. Offenbar bröckelt es an der Basis!

15.02.06 - Freie Sicht für freie Bürger!

Im Hauptausschuss werden zwei Bürgeranträge vom BUND und von der LNU zum Erhalt der Baumschutzsatzung abgelehnt, auch diese werden nicht in das Fachgremium überwiesen. So viel zur angeblich erwünschten Bürgerbeteiligung!

17.02.06 – Vorzeitiger Baumschutz statt Warten auf die Kettensäge...

In unserer Vorstandssitzung diskutieren wir Kriterien für eine bürgerfreundliche Baumschutzsatzung. Demnach dürften Bäume ersatzlos gefällt werden, wenn sie erhebliche Beeinträchtigungen verursachen, die Standfestigkeit von Bauwerken gefährden, stark geschädigt sind, das Grundstück für Ersatzpflanzungen zu klein oder bereits ein ausreichender Baumbestand vorhanden ist. In diese Richtung zielt auch der neue Vorschlag des „vorzeitigen Baumschutzes“. Damit soll ein bereits bestehender Baum, der von seiner Größe her noch nicht unter die Satzung fällt, als Ersatz für einen zu fällenden Baum anerkannt werden. Der abgestimmte Forderungskatalog wird als Informationsflugblatt veröf-

fentlicht.

20.02.06 – Die „Große Koalition“ überholt sich selbst!

Der Rat der Stadt beschließt die Aufhebungssatzung, obwohl die Verwaltungsdrucksache, die die Auswirkungen dieser Entscheidung darstellt, weder im Umwelt- noch im Hauptausschuss abschließend beraten wurde (s.o.). Das war aber ursprünglich eine der Forderungen des Ratsbeschlusses vom 19.12.05. Aufgrund der klaren Mehrheitsverhältnisse hätten CDU, SPD und FDP alle Zeit der Welt gehabt, die Entscheidung zu vertagen – was hat sie davon abgehalten? Wollten sie eine Auseinandersetzung mit den Gegenargumenten bewusst vermeiden?!

03.03.06 – Es wird eng!

Bis jetzt liegen erst etwa 3.500 der benötigten 11.000 Unterschriften für das Bürgerbegehren vor. Viele Menschen in Wuppertal haben offenbar noch nicht richtig erkannt, dass sich ihnen mit diesem Bürgerbegehren eine der wenigen Möglichkeiten bietet, direkten Einfluss auf die Gestaltung ihrer Stadt zu nehmen. Wir appellieren noch einmal an die Menschen in Wuppertal, ihre Chance zu nutzen.

07.03.06 – Mit Logik hat das nichts zu tun!

Im Umweltausschuss legt die FDP einen Antrag für ein Baumförderprogramm vor. Einige Wochen zuvor hat sie allerdings den Bürgerantrag der LNU, der die gleiche Forderung

enthielt, abgelehnt.

11.03.06 – „Mein Baum gehört mir!“

Einige Impressionen vom Barmer Infostand: „Bäume verschandeln Baudenkmäler, die kann man dann gar nicht mehr fotografieren!“, „Den Baum, den ich gepflanzt habe, will ich auch selbst fällen“, „Bäume? – da haben wir doch sowieso schon viel zu viele von!“ Gut, dass viele Menschen eine andere Auffassung haben und Dank all denen, die uns mit ihrer Unterschrift oder anderweitig unterstützt haben!

19.03.06 – Ziel knapp verfehlt – Stadtbaum Freunde bleiben aktiv!

10.866 Unterschriften sind ein großer Erfolg – mehr als wir uns nach dem Zwischenergebnis erhofft hatten. Immerhin waren die Bedingungen denkbar ungünstig! Leider hat es nicht ganz gereicht – trotzdem: Dass die Entscheidung der Mehrheit im Stadtrat auch die Mehrheitsmeinung der Wuppertaler Bevölkerung repräsentiert, ist mehr als fraglich! Nun werden wir die Entwicklung aufmerksam beobachten und vielleicht mit den Erfahrungen der letzten Wochen irgendwann ein neues Bürgerbegehren starten. Bis dahin möchte ich an alle Menschen appellieren: denken Sie daran, auch Bäume sind Lebewesen – nur wegläufen können sie nicht!

Ilona Schäfer, Pressesprecherin der Stadtbaum Freunde und für die GRÜNEN Mitglied im Umweltausschuss und in der BV Barmen



Guten Tag!

Langsam wird es wärmer, leider ist ein politischer Frühling nicht in Sicht und dieser Zustand wird noch einige Jahre andauern. Politik auf Bundes- und kommunaler Ebene ähnelt sich aktuell verblüffend. Hier wie dort geben CDU und SPD den Ton an und möchten am liebsten noch nicht einmal so große Vorhaben wie die Föderalismusreform mit den anderen Fraktionen beraten. Das erinnert uns sehr an Wuppertal. Die große Kooperation beschließt neuerdings nur noch im Rat, ohne mit den anderen Fraktionen im Fachausschuss die Diskussion zu führen. Im Gegenzug werden die Initiativen der „kleinen Fraktionen“ auf die lange Bank geschoben. Im Bund wird dank eines Minderheitenvotums der kleineren Fraktionen nun eine mehrtägige Anhörung zur Föderalismusreform durchgeführt. Auch im Tal werden wir uns nicht ins politische Abseits manövrieren lassen!

Ihr Redaktionsteam

AUS DEM INHALT

Seite 2
Deponie Lüntenbeck

Seite 4
Frauenhäuser dürfen nicht baden gehen

Seite 5
Bezirksvertretung Vohwinkel

Seite 5
Innenstadtgestaltung

Deponie Lüntenberg –

■ MVA-Asche kippt Naturpark!

**Interview mit Dr. Antonia Dinne-
nauer, Landschaftsarchitektin und
Initiatorin des Projektes „Natur-
park Lüntenberg“**

Die ehemalige wilde Kippe Lüntenberg wurde in den 70er Jahren als Deponie für Haus- und Gewerbeabfälle genutzt. Jetzt wird sie saniert und abgedichtet. Das Gelände ist zum Landschaftsschutzgebiet erklärt worden. Eigentlich wollte Dr. Dinne-
nauer mit Unterstützung der Stadtverwaltung dort einen öffentlichen Naturpark schaffen. Doch es kam alles anders. Das Projekt scheitert nun an dem Vorhaben, bei der Sanierung der Deponie Rückstände der Müllverbrennungsanlage einzubauen. DIESE GRÜNEN sprach mit Dr. Antonia Dinne-
nauer:

Was genau haben Sie eigentlich auf dem Gelände der Deponie Lüntenberg geplant?

Auf der ehemaligen Kippe sollte ein Natur- und Kulturpark entstehen, der Berg endlich eine positive Zukunft bekommen. Die „Wilde Kippe Lüntenberg“ vernetzt den zerstückelten Lebensraum der umliegenden Wohngebiete und kann eine regionale Attraktion werden. Ruhige Erholung mit interessanten Ausblicken und wilden Blumen sollte im Laufe der Jahre mit Landart bereichert werden. Als besondere Events waren künstlerische Projektionen auf dem größten Kugelgasbehälter der Welt geplant.

Sie haben schon sehr viel ehrenamtliche Arbeit investiert. Seit wann verfolgen Sie diese Pläne bereits?

Wunderbare Wildblumensträuße meines Vaters machten mich vor 10 Jahren auf das Gelände aufmerksam – in der Zeitrechnung der Kippe eine kurze Zeit: Vor 40 Jahren wurde aus einem Steinbruch ein Abfallberg. Seit

30 Jahren wartet er auf seine amtliche Schließung. - In diesem Jahr rückt die Abdeckung offenbar in Reichweite und damit die Voraussetzung, überhaupt auf das Gelände zu dürfen. 2008 hätte wohl die „Nachnutzung“ beginnen können.

Wie sollte das Projekt finanziert werden?

Der Abschluss der Deponie umfasst eine Rekultivierung, also Boden, Wege und Bäume. Die Ausgestaltung sollte mit Stiftungsmitteln und über Ausgleichsmaßnahmen Schritt für Schritt finanziert werden. Die Rudergärtnerei, die die Vegetation pflegen soll, wollte ein Beschäftigungsträger übernehmen. Für die Kunst galt es, Geldgeber zu begeistern. Am Ende sollte eine Stiftung stehen, die auch die Stadt als Grundstückseigentümer umfasst.

Jetzt aber hat die Stadtspitze gegen den Willen des Umweltschutzes entschieden, dass die AWG ihre Asche aus der Müllverbrennungsanlage als Abdichtungsmaterial einsetzen kann. Wie haben Sie diese Nachricht aufgenommen?

Diese Entscheidung, aber auch Klima und Vorgehen veranlassen uns, nunmehr endgültig Abstand von unserem Projekt „Wilde Kippe Lüntenberg“ zu nehmen. Die Idee, die Abfallbrache in einen ambitionierten Park zu verwandeln, begeistert viele Menschen. Die Stadt Wuppertal unterstützte das Projekt immerhin moralisch, überließ aber Projektentwicklung und Finanzierung privatem Engagement. Wir waren bereit, dieses Engagement aufzubringen. Die immer neue Verwicklung in Selbstbeschäftigung der Stadt mit sich und ihren Töchtern bindet aber unsere Energien am falschen Ort. Die Grundentscheidung für den Kulturpark ist nie gefallen, wurde jahrelang verschoben, anderen Belangen immer wieder der Vorrang gegeben. Kostenargumente bilden dabei jeweils die Oberfläche. Das Projekt darf die Stadt nichts kosten. Soweit, so gut. Dass es aber auch noch sparen helfen, Einnahmen mehren oder Gebühren mindern soll, geht zu weit. Indiskutabel sind die Umgangsformen: Zeitdruck erzeugen, Anträge unterlaufen, Desinformation, Ordnungswidrigkeit und üble Nachrede. Wir bedanken uns für das große öffentliche und private Interesse und hoffen auf nachhaltige Wildheit der Deponie - dem Wuppertaler Dschungel zum Trotz ...

Und wir bedanken uns für das Interview und für ihr Engagement für unsere Stadt, das leider nicht ausreichend unterstützt wird. Wuppertal muß erst noch lernen, von den Ideen seiner BürgerInnen zu profitieren.

Unwetter- warnung für...

... das Rathaus



Es droht ein für die Umwelt gefährlicher Klimawechsel in Wuppertals Machtzentrale.

Nachdem sich bereits im Dezember vergangenen Jahres eine große Kooperation zusammenbebraut hat, entwickelt sie nun ihre zerstörerische Kraft. Unwetter werden verstärkt auf die (Rathaus-)Region niedergehen. Am Stärksten wird es voraussichtlich den Umweltschutz treffen. Alle MitarbeiterInnen der Umweltverwaltung werden aufgefordert, sich warm anzuziehen und Schutz zu suchen. Besonders Umweltschutzzernenten droht das Ungemach mit voller Wucht zu treffen. Es muss davon ausgegangen werden, dass unwetterartige Sturmböen unzählige Bäume entwurzeln und einen Kahlschlag hinterlassen werden.

Darüber hinaus hat sich ein Kern tief von den Südhöhen auf den Weg gemacht, mit Bergischer Wucht auf das Rathaus zu treffen. Seine Ausläufer zerstörten bereits Gebiete rund um die Lüntenberg und werden sich aller Voraussicht so schnell nicht abschwächen. Es wird davon ausgegangen, dass sich Umweltschutzzernenten nur mit Mühe – aber nicht auf sich allein gestellt – dieser hausgemachten Wetterkatastrophe entgegenstellen können. Nur mit vereinten Kräften wird es gelingen, ökologische Werte nachhaltig zu sichern und dem Sturm zu trotzen. Die weiteren Aussichten versprechen aber ein Abflauen der Naturgewalten bis hin zum Sturm im Wasserglas.



Interview auf der Deponie Lüntenberg

Gastkommentar:

■ Transparent? Bürgernah? Sachbezogen? Fair? - Politik im Tal -

Viele Menschen sorgen sich um die eigene Zukunft und die ihrer Familie. Sie sorgen sich um ihren Arbeitsplatz, ihre Gesundheit, um eine vernünftige Bildung und eine einigermaßen intakte Umwelt oder um die Infrastruktur unserer Stadt.

Der politische Handlungsbedarf ist unübersehbar. Doch die Qualität dessen, was Bürgerinnen und Bürgern – aber auch den derzeit oppositionellen kleineren Fraktionen – seit einiger Zeit geboten wird, lässt zunehmend zu wünschen übrig.

Hat schon die katastrophalen Haushaltssituation der Stadt bei Vielen zu Resignation geführt, so erleben wir jetzt in Zeiten der „großen Kooperation“ in immer kürzeren Abständen neue gravierende Sünden wider den Geist von Transparenz, Bürgernähe und Arbeitseffizienz. Das sich in atemberaubendem Tempo vollziehende Verschieben von Entscheidungsprozessen in nichtöffentliche

Gesprächsrunden erreicht zunehmend ein bisher nicht gekanntes – und besorgniserregendes – Ausmaß. Sicher sind viele der kaum oder nicht nachvollziehbaren politischen Maßnahmen der jüngeren Vergangenheit auch der Tatsache geschuldet, dass sich seit den Wahlen des Jahres 2005 die ehemaligen und derzeitigen Regierungsparteien in Bund und Land in ihren jeweils neuen Rollen noch nicht gefunden haben. So etwas rechtfertigt aber nicht eine zunehmend dreister werdende Missachtung des Anspruchs aller politischen Kräfte und der Öffentlichkeit auf Mitwirkung an Entscheidungsprozessen in Wuppertal. Beispiele hierfür sind die Beseitigung der Baumschutzsatzung ohne Beratung im Umweltausschuss oder die Verfüllung neu zu nutzender Deponieflächen mit MVA-Schlacke trotz Vorhandenseins sinnvoller Alternativen. Die Ablehnung von Appellen an die Landesregierung mit dem Ziel der Rücknahme geplanter sozial- und

jugendpolitisch verantwortlicher Mittelkürzungen beweist ebenfalls die Beendigung ernsthafter sozial- und haushaltspolitischer Bemühungen in den hierfür zuständigen kommunalpolitischen Gremien. Aber auch die wachsende Neigung unseres Oberbürgermeisters, seinen zuständigen Fachdezernenten ihre teilweise ureigensten Zuständigkeitsbereiche zu nehmen, um sich künftig selbst zu kümmern, zeugt nicht gerade von ausgeprägtem Demokratieverständnis. Bereits die wenigen angesprochenen Themenbereiche machen deutlich, dass ergebnisorientierte umzusetzende Politik zunehmend ersetzt wird durch intransparentes und undemokratisches Gewurstel, dessen jeweiligen Sinn und Zweck außer den unmittelbar Beteiligten kaum noch jemand nachvollziehen kann. So werden politische Fehlleistungen zur Regel, garniert durch unsachliche und polemische persönliche Angriffe auf Fachleute, denen nichts anders vorzuwerfen ist als ordentliche Wahr-

nehmung ihres Arbeitsauftrages. Den Gipfel stellt hier die unsägliche und von keinerlei Sachkenntnis getriebene öffentliche Attacke der CDU-Ratsfraktionsspitze gegen den Umweltschutzzernenten unserer Stadt dar. Auf längere Sicht ist der derzeit in Wuppertal zu beobachtende Politikstil verhängnisvoll. Er wird die Kluft zwischen Politik, ihrer Basis und ihren Zielgruppen vertiefen und notwendige politische und gesellschaftliche Diskurse be- oder verhindern. An einer zunehmenden Verschiebung der wesentlichen gesellschaftspolitischen Diskussionen in intransparente Hinterzimmergremien und einer weiteren Beschneidung der ohnehin schon entwicklungsbedürftigen öffentlichen Entscheidungsfindungsprozesse können und sollten auf Dauer auch CDU und SPD kein Interesse haben.

Michael Hohagen, Sprecher des Kreisvorstandes Bündnis 90/DIE GRÜNEN Wuppertal

Impressum

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 563. 6204 Fax: 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Gerta Siller, Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)
Sylvia Meyer (Redaktion), Lorenz Bahr,
Bettina Brücher, Michael Hohagen,
Klaus Lüdemann, Paul Yves Ramette,
Gerhard Schäfer, Ilona Schäfer, Marcel Simon,
Susanne Sperling, Klaus von Zahn

Gastkommentar:
Michael Hohagen, Sprecher des Kreisverbandes
Bündnis 90/DIE GRÜNEN Wuppertal
Sylvia Löhrmann, Fraktionsvorsitzende von
Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Landtag NRW

Alle Fotos, soweit nicht anders
gekennzeichnet: Jörg Lange

Satz, Gestaltung und Druck:
rotwild Design GmbH,
Simonsstraße 80, 42117 Wuppertal

Auflage: 34.320

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA und Hasret,
Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Friedrich-Ebert-Str.
109-111; ASIA, Berg, Universität; Behindert - na
und? e.V., Friedrich-Ebert-Straße 109-111; BUND,
Luisenstraße 108; Cinetal, Berliner Straße; Forum
Maximum im Rex, Kipdorf 29; Katzensgold, Unter-
grünwaldstraße 3; Nachbarschaftsheim, Platz
der Republik; Lebensbaum, Sophienstraße

Die Abgabe ist kostenlos!

Bekannte Gesichter und neue Ideen - Wuppertaler GRÜNE wählen



v.l.n.r.: Regina Orth, Stewart Lindemann, Dirk Wallraf, Adulis Tadesse, Marcel Simon, Michael Hohagen, Monika Biskoping

Der 51-jährige Sozialarbeiter Michael Hohagen wurde neuer Sprecher und der 28-jährige Sozialpädagoge Marcel Simon sein neuer Stellvertreter. Die Nachwahl war nötig geworden, da die bisherige Sprecherin des Kreisverbandes, Aline Wenderoth, und ihr Stellvertreter Sebastian Sewerin aus persönlichen Gründen ihr Amt niedergelegt hatten.

Neu im Vorstand ist auch Beisitzerin Monika Biskoping. Ein Mentoring-Programm für interessierte Neumitglieder, der Einfluss der Wuppertaler GRÜNEN auf der Landesebene und "GRÜNE Politik vor Ort werden die nächsten Themen sein. Der 20. Jahrestag der Reaktor-Katastrophe in Tschernobyl steht natürlich auch auf dem Programm.

Unser Team - vorgestellt heute:

■ die Stadtverordnete Bettina Brücher



Demokratie leben, sich engagieren, an der Entwicklung der Gesellschaft teilhaben. Dies waren Gründe für die gebürtige Bonnerin Bettina Brücher, sich schon während ihrer Schulzeit für Politik zu interessieren. 1987 zog sie nach Wuppertal, wohnte in Ronsdorf und Barmen, lebt jetzt in Elberfeld. Seit 11 Jahren ist die Mutter zweier Kinder (16 und 18) Angestellte in der Fraktionsgeschäftsstelle der GRÜNEN. Am liebsten fährt sie mit dem Rad zur Arbeit. Sie ist aber auch mit Schwebelbahn oder anderen öffentlichen Verkehrsmitteln mobil. Auch im Urlaub ist sie am liebsten mit dem Fahrrad unterwegs. Wuppertaler Partnerstädte wie South Tyneside, Schwerin, Berlin-Schöneberg, Legnica und Kosice waren bereits wunderbare Reiseziele und in diesem Jahr soll es (endlich) nach Matagalpa gehen. Ihr politischer Schwerpunkt ist die Umweltpolitik. Seit sie 2004 in den Rat gewählt wurde, ist sie Vorsitzende des Umweltausschusses. Die letzten Wochen waren geprägt durch das Bürgerbegehren gegen die Abschaffung der Baumschutzsatzung.

„Leider konnten wir Stadtbaumfreun-

dinnen und -freunde unser Ziel nicht erreichen, mit 11.000 Unterschriften ein Bürgerentscheid für die Baumschutzsatzung herbeizuführen. Beeindruckend finde ich es aber dennoch, dass sich 10.866 Bürgerinnen und Bürger gegen die Abschaffung ausgesprochen haben. Es hat nicht ganz gereicht und nun ist zu befürchten, dass viele bisher geschützte Bäume gefällt werden und die Stadtökologie darunter leiden wird.“

Aber viele weitere Themen stehen auf der Tagesordnung der Kommunalpolitik. Zusammen mit ihrer Fraktion setzt sich Bettina Brücher für eine nachhaltige Stadtentwicklung ein.

„Wir brauchen attraktive Innenstädte, wo Menschen gerne wohnen und sich aufhalten. Unser Ziel ist es, uns gerade in den dicht bebauten Stadtteilen für eine Verbesserung der Luftqualität, für die Lösung des Feinstaub-Problems und für weniger Lärm zu engagieren. Wir brauchen mehr Lebensqualität auf den Straßen, Platz für spielende Kinder und jede Menge Grün in der Stadt. Der demografische Wandel kann eine Chance für Wuppertal sein, die Lebensquali-

tät zu steigern und die wirtschaftliche Situation zu verbessern. Die Umwelttechnologie, die sich deutschlandweit zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor entwickelt hat, muss auch in Wuppertal stärker gefördert werden. Eine Stadt, die Standort des Wuppertal Instituts, der Energieagentur NRW und des UNEP-Centers ist, sollte mit diesen Pfunden wuchern.

Die Strategie „Weg vom Öl“ mit Maßnahmen wie Energie- und Ressourceneffizienz, Energieeinsparung und Förderung von erneuerbaren Energien kann Energie- und Rohstoffkosten sparen und neue Arbeitsplätze schaffen. Beispielsweise bietet das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm des Bundes dem Handwerk große Chancen. Dass Wuppertal diese Chance nutzt und nicht anderen Städten überlässt, daran arbeiten wir. Wer die GRÜNEN dabei unterstützen will, ist herzlichst zum Arbeitskreis Umwelt, Wirtschaft, Stadtentwicklung eingeladen.“

(nähere Informationen erhalten sie in der Fraktionsgeschäftsstelle oder unter www.gruene-wuppertal.de)

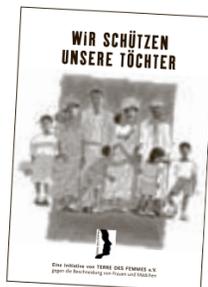
Wir schützen unsere Töchter

Auch in Deutschland leben Mädchen in der Gefahr, an ihren Genitalien verstümmelt zu werden.

Unsere Broschüre wendet sich an die Eltern und das soziale Umfeld. Sie liegt in sechs Sprachen vor, Deutsch, Englisch, Französisch, Arabisch, Kiswahili und Somali, und ist kostenlos bei uns erhältlich.

Bestellen Sie die Broschüre und geben Sie sie an MigrantInnen weiter!

Genitalverstümmelung ist eine Menschenrechtsverletzung.



Kontakt und Bestelladresse:
TERRE DES FEMMES e.V.
PF 2565, D-72015 Tübingen
Tel: 07071/7973-0
e-mail: info@frauenrechte.de
www.genitalverstuemmung.de

Spendenkonto
881 999
KSK Tübingen
BLZ 641 500 20
Stichwort: Genitalverstümmelung

Genitalverstümmelung GRÜNE fordern Null Toleranz

Weibliche Genitalverstümmelung findet aufgrund von Migration und Flucht aus betroffenen Ländern heute auch in Deutschland statt. DIE GRÜNEN sagen dieser schweren Menschenrechtsverletzung deshalb auch auf nationaler Ebene den Kampf an. Auch in Deutschland sind 30.000 Frauen und Mädchen von Genitalverstümmelung betroffen oder bedroht. Die GRÜNEN fordern, weibliche Genitalverstümmelung ausdrücklich ins Strafgesetzbuch aufzunehmen. MigrantInnen aus Herkunftsländern, in denen die Praxis der Genitalverstümmelung betrieben wird, müssen über die strafrechtliche Situation informiert werden. Es bedarf einer sensiblen Aufklärung, um die Menschen zum Umdenken zu bewegen. Bereits heute ist in Deutschland weibliche Genitalverstümmelung als Körperverletzung

strafbar. GRÜNE haben im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes 1999 durchgesetzt, dass drohende Genitalverstümmelung als eigenständiger Asylgrund anerkannt werden kann. Weltweit sind 130 Millionen Mädchen und Frauen an ihren Genitalien verstümmelt, laut einer im November 2005 veröffentlichten Unicef-Studie kommen jährlich drei Millionen hinzu. Bei Genitalverstümmelung handelt es sich um eine schwere Menschenrechtsverletzung. Sie fügt den Mädchen irreparable physische und psychische Schäden zu. Den gesamten Beschluss der Bundestagsfraktion können Sie auf der Homepage www.gruene-bundestag.de unter der Rubrik „Frauen“ nachlesen.

Sylvia Meyer, Mitglied im Gleichstellungsausschuss für Frau und Mann

Was macht eigentlich... ...der Migrationsausschuss?

Im November 2004 wurde der Migrationsausschuss in Wuppertal gewählt. Die GRÜNEN ziehen nach fast 1 ½ Jahren Bilanz.

Der Migrationsausschuss ersetzt seit dem 21. November 2004 den Ausländerbeirat, der nur beratende Kompetenzen hatte. 10 VertreterInnen wurden direkt durch die Wuppertaler MigrantInnen gewählt, 11 Stadtverordnete durch den Rat. Die GRÜNEN werden durch Janós Mikó (GRÜNE Internationale Liste) und Peter Vorsteher (Stadtverordneter und Fraktionssprecher) vertreten. Wir haben eine Vielzahl an Themen im Migrationsausschuss diskutiert. Die Neuerungen des Zuwanderungsgesetzes und seine Wirkungen auf die Einbürgerung wurden erörtert sowie Integrationskurse, nachhaltige

Stadtentwicklung, die Interkulturelle Öffnung und Kompetenz der Stadtverwaltung und der Altenpflege. Auch der demografische Wandel und dessen mögliche Auswirkungen auf MigrantInnen wurde diskutiert.

Ein weiteres wichtiges Thema sind die ca. 1.400 Menschen in Wuppertal, die nur „geduldet“ sind. Dies bedeutet für die Betroffenen, dass ihr Aufenthalt ungesichert ist, sie in der Regel keiner Arbeit nachgehen können und v.a. den Kindern und Jugendlichen jegliche Zukunftsperspektive fehlt. Wir haben uns sehr dafür engagiert, dass die elende Praxis sogenannter Kettenduldungen abgeschafft wird. Wir setzen uns dafür ein, dass Flüchtlinge früher als bislang eine rechtmäßige Aufenthaltserlaubnis erhalten. Dieses Thema wird in der nächsten Sitzung des Migrationsausschusses

im Mai weiter diskutiert. Die Umwandlung des Ausländerbeirates in einen Ausschuss halten wir nach wie vor für richtig. Als Ausschuss hat er größeren Einfluss auf die Kommunalpolitik und kann stärker als bisher Ideen, Forderungen und Problemen der MigrantInnen zum Thema machen. Für die Zukunft wünsche ich mir, dass der Ausschuss mehr Gebrauch von dieser Möglichkeit macht und dass einzelne MigrantInnen und -organisationen sich mehr in den Ausschuss einbringen. Die Bandbreite der diskutierten Themen machen ihn zu einem wichtigen Gremium, die politische Auseinandersetzung ist notwendig. Besuchen Sie doch unsere Sitzung und überzeugen Sie sich selbst.

Peter Vorsteher, Mitglied im Migrationsausschuss

Frauenhäuser dürfen nicht baden gehen!

■ Interview der Redaktion mit Christa-Maria Hein, Mitarbeiterin des Wuppertaler Frauenhauses

Die schwarz-gelb geführte Landesregierung will einen Landeshaushalt verabschieden, der für die 62 Frauenhäuser in NRW 30 Prozent weniger Personalkostenzuschüsse vorsieht. In ganz NRW hagelt es Proteste. Auch der Gleichstellungsausschuss und der Rat der Stadt Wuppertal haben einstimmig gefordert, das Land möge diese Kürzung zurücknehmen. Wir fragen die Mitarbeiterinnen des Wuppertaler Frauenhauses nach den Konsequenzen.

Schon in den letzten Jahren wurden die Zuschüsse für das Frauenhaus nicht erhöht.

Ja, die Situation hat sich in den letzten Jahren zugespitzt. Sowohl Spenden als auch Bußgelder sind rückläufig. Gleichsam nehmen unsere Mitgliedszahlen kontinuierlich ab. Konkret bedeutet dies, dass nur die notwendigsten Instandhaltungsmaßnahmen durchgeführt werden konnten und Neuanschaffungen kaum möglich waren.

Die bezuschussten Landesstellen wurden nie tariflichen Änderungen angepasst, so dass der Zuschuss inzwischen auf ca. 69 % der tatsächlichen Kosten geschrumpft ist.

In Zahlen bedeutet das, dass wir vom Land bisher für 4 Stellen 10.300 Euro bekamen und jetzt für 3 Stellen noch 7.300 Euro monatlich erhalten. Die restlichen Kosten mussten und müs-

sen vom Verein aufgebracht werden.

Jedes Jahr steigt die Zahl der Frauen und Kinder, die im Wuppertaler Frauenhaus Schutz suchen müssen. Müssen nach Verabschiedung des Landeshaushaltes mehr Frauen und Kinder abgewiesen werden?

Laut Studie „Gewalt im Leben von Frauen und Männern“ von 2004 ist jede 4. Frau von häuslicher Gewalt betroffen. Trotz Gewaltschutzgesetz und Wohnungsverweisungen seitens der Polizei gab es im letzten Jahr einen leichten Anstieg von Frauen, die das Frauenhaus aufsuchen mussten. Immer wieder müssen wir Frauen abweisen oder weitervermitteln. Es gibt seit Jahren eine Warteliste.

Im Mai wird der Landeshaushalt verabschiedet. Mit welchen Auswirkungen auf das Wuppertaler Frauenhaus ist zu rechnen, wenn die Kürzungen beschlossen werden?

Eine Vollzeitstelle wird wegfallen. Dies wird Konsequenzen in allen Arbeitsbereichen haben. Klar ist, dass Betreuungsangebote im Kinderbereich reduziert werden müssen und dass die Aufarbeitung der erfahrenen Gewalt nicht mehr in vollem Umfang geleistet werden kann. Begleitung zu Gerichten, Polizei, Ämtern etc. wird nicht mehr gewährleistet sein. Die Versorgung der Frauen und Kinder wird insgesamt schlechter. Es wird



Der Grüne AK Frauen im Frauentreff

mehr Zeit brauchen, bis die Frauen gestärkt das Frauenhaus verlassen können.

Zunächst wollen wir versuchen, die jetzige Platzzahl (20 - 22) beizubehalten. Wenn es nicht zu schaffen ist, müssen auch bei uns Plätze reduziert werden. Die 24-stündige Aufnahmebereitschaft wird es auf keinen Fall mehr geben können.

Welches Engagement wünschen Sie sich noch von der Politik?

Erst einmal, Danke für die Unterstützung. Ja, wir werden jede Menge an Unterstützung brauchen können. Finanzielle Unterstützung ist natürlich sehr wichtig, um in erforderlicher

Qualität weiterarbeiten zu können. Politische Unterstützung ist aber mindestens ebenso notwendig. Machen Sie deutlich, dass es sich hier um ein gesellschaftliches Problem handelt und das deshalb auch gesellschaftliches Handeln erfordert. Zeigen Sie auf, wie es im westeuropäischen Ausland aussieht (z.B. Österreich, Niederlande, Spanien). Wir sitzen ja hier, gesellschaftspolitisch gesehen, noch auf den Bäumen. Auch mediale Unterstützung ist hilfreich. Bringen Sie dieses Thema immer wieder in die Öffentlichkeit und zeigen Sie auf, wie hier das Grundgesetz mit Füßen getreten wird.

Wir danken Ihnen für das Gespräch.

Internationaler Frauentag

Grüne Frauen sammelten am 8. März für das Frauenhaus

Zum diesjährigen Internationalen Frauentag starteten die GRÜNEN Frauen eine Postkartenaktion mit dem Motto „Frauenhäuser dürfen nicht baden gehen!“. Die Begründung lieferte der weitere Text auf der Postkarte: Das Wasser steht ihnen schon bis zum Hals. Der zuständige Minister Laschet wurde aufgefordert, den Rettungsring auszuwerfen.

Viele Wuppertalerinnen und Wuppertaler folgten dem Aufruf der GRÜNEN und unterschrieben die Postkarte.

In ganz NRW gibt es zahlreiche Proteste für die Frauenhäuser. Auch der Gleichstellungsausschuss und der Rat der Stadt Wuppertal haben einstimmig das Land aufgefordert, diese Kürzung zurückzunehmen.

Die GRÜNEN haben sich sehr dafür engagiert, dass in Wuppertal Einigkeit darüber hergestellt werden konnte.



Foto: S. Sperling

Gastkommentar:

■ Schwarz-gelber Landeshaushalt gefährdet gesellschaftlichen Zusammenhalt

Die ersten 100 Tage sind lange vorbei, und die gelb-schwarze Landesregierung zeigt, wie sie NRW in den nächsten Jahren „gestalten“ will: mit massiven Kürzungen in allen Bereichen, außer bei der eigenen Klientel: Die Steinkohlesubventionen bleiben auf hohem Niveau, im Straßenbau werden viele alte Mammutprojekte wieder hervorgeholt, der Etat der Landwirtschaftskammer wird um 17 Mio. € erhöht und stärkt ein völlig veraltetes und verkrustetes Lobby-system. Fazit: Kohle, Beton und Rinder – statt Kinder! Denn die Landesregierung setzt nichts von dem um, was noch vor Monaten angekündigt wurde:

Statt den Haushalt zu konsolidieren stürzt sie das Land in eine neue Rekordverschuldung. Der versprochene Abbau von Subventionen bleibt aus. Statt Stärkung der Zivilgesellschaft wird genau da gekürzt, wo sich Menschen für Menschen in NRW engagieren. Statt Prävention zu stärken wird genau hier der Rotstift angesetzt.

Versprochen-gebrochen – das ist das Leitmotiv.

Rekord-Neuverschuldung

Die Neuverschuldung des Landes wird schon beim ersten schwarz-gelb verantworteten Haushalt eine neue Rekordhöhe erreichen und liegt damit über der der rot-grünen Regierung. Das ist unverantwortlich.

Sparen bei den Schwächsten

Uns liegt es noch in den Ohren: Familienfreundlich, kinderfreundlich würde die CDU unser Land regieren. Was bleibt? Gekürzt wird bei den Sachkosten für Kindertagesstätten (116



Foto: Landtagsfraktion

Mio. €) und im Landesjugendplan (21 Mio. €) – obwohl die CDU den rot-grünen Kompromiss im Nachgang zum Volksbegehren von vor zwei Jahren unterstützt hatte. Hier wird sie wortbrüchig im zweifachen Sinne: ihre Wahlversprechen sind Makulatur und ihre eigene Zustimmung zum Gesetz ist Geschwätz von gestern.

Ökologie ausgebremst

Der Öffentliche Personennahverkehr ist nachweislich eine der wichtigsten Antworten auf die Klimakatastro-

phe. Je attraktiver er ist, desto mehr Menschen nutzen ihn. Er ist sozial, weil er Mobilität für alle garantiert. Er ist familienfreundlich, weil er auch Kindern ermöglicht, sicher, umweltfreundlich und preiswert mobil zu sein. Hier ist die Ansage der Regierung: 50 Mio. €. Damit können die Angebote in der Fläche kaum noch gehalten werden, das Schokoticket wird teuer, das Angebot insgesamt unattraktiv.

Frauenpolitik geht baden.

Den Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt und Missbrauch wollte die CDU sichern – so jedenfalls das Wahlprogramm. Jetzt gehen die Frauenhäuser baden, weil die Regierung eine 30%ige Kürzung und damit die Streichung der vierten Stelle durchsetzen will. Ähnlich dramatisch sieht die Situation für die Mädchenhäuser und die Regionalstellen Frau und Beruf aus.

Keine dieser Einrichtungen hat ein Nachfrageproblem – im Gegenteil, Frauen- und Mädchenhäuser sind häufig sogar überbelegt. Streichungen sind absolut untragbar!

Die Landesregierung trifft mit ihren Radikalkürzungen die Zivilgesellschaft und damit das Netzwerk des bürgerschaftlichen Engagements ins Mark. Klar, dass sich die Grünen dagegen aufstellen!

Sylvia Löhrmann, Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Landtag NRW

Volksinitiative NRW unterstützen

■ Für wen ist Jugendpolitik eigentlich noch wichtig?

Mit großer Sorge und Empörung registriert die GRÜNE Ratsfraktion das Verhalten von CDU und FDP zum Kinder- und Jugendfördergesetz. Worte und Taten der schwarz-gelben Landesregierung liegen bei der Familien-, Kinder- und Jugendpolitik weit auseinander. Noch nicht einmal 1 1/2 Jahre ist es her, dass im Landtag auch mit den Stimmen von CDU und FDP die Förderhöhe von 96 Millionen Euro für den Landesjugendförderplan für das Jahr 2006 beschlossen wurde.

Nun wollen CDU und FDP im Landtag diesen Ansatz um 21 Millionen Euro kürzen. Schwarz-gelb wendet sich gegen die Kinder- und Jugendpolitik. Dem „Sparargument“ möchten wir entgegen halten: Der Landesjugendförderplan hat ein Volumen von 0,2% des Landeshaushaltes. Die geplante Kürzung um 21 Mio. Euro entlastet den Landeshaushalt um 0,04 %, stürzt aber Kinder und Jugendrichtungen in eine schwere Krise. Welche Auswirkungen werden die Düsseldorfer Streichorgien auf Wuppertaler Jugendrichtungen haben? Schon im Jahr 2004-2005 konnten die Kürzungen im Landesjugendplan nur dadurch aufgefangen werden, dass sich drei Träger aus der offenen Jugendarbeit zurück gezogen haben. Und auch für das Jahr 2006 wurde bereits ein um 10% gekürztes Budget für Sachkosten und Honorarkräfte vorgegeben. Sollte der Landeshaushalt wie von CDU/FDP angedacht beschlossen werden, müssen durch

diese Kürzungen alle Angebote in städtischen Jugendrichtungen – mit dem Ziel der Reduzierung – überprüft werden. So die eindeutige Antwort der Verwaltung auf eine GRÜNE Anfrage im Jugendhilfeausschuss. Die Stadt kann natürliche keine Aussage zu den Jugendrichtungen von freien Träger (Kirchen, Vereinen etc.) treffen, jedoch sind auch hier Schließungen zu erwarten. Wir fordern daher alle MitbürgerInnen auf, sich an der Volksinitiative NRW zu beteiligen und für Kinder- und Jugendrechte zu unterschreiben. Die Initiative fordert eine nachhaltige und verlässliche Finanzierung von Kinder- und Jugendrichtungen. Sollte die Volksinitiative Erfolg haben, muss sich der Landtag noch einmal mit der Förderhöhe beschäftigen.

Am Rande möchten wir noch die politischen Wuppertaler Verhältnisse zum Landesjugendplan beschreiben: Im Jahr 2004 hatten noch CDU, SPD, GRÜNE und FDP im Rat die Initiative zur Höhe des Landesjugendplanes von 96 Mio. Euro unterstützt. Ein Antrag der GRÜNEN zur letzten Ratssitzung, die Höhe des Förderplanes bei 96 Mio. Euro zu belassen, fand nun noch nicht einmal die Zustimmung der SPD im Rat!

Paul Yves Ramette, kinder- und jugendpolitischer Sprecher der GRÜNEN Ratsfraktion

Nähere Infos unter: www.volksinitiative-nrw.de

Innenstadt-gestaltung

Elberfeld braucht ein Management

Die Wuppertaler Zentren stehen vor großen Herausforderungen: Discounter verdrängen kleinere Einzelhandelsgeschäfte und durch Wegzug größerer Handelsketten stehen immer mehr Ladenlokale leer. Um diese Probleme aktiv anzugehen, forderte die GRÜNE Ratsfraktion im Frühjahr 2005 ein Managementprogramm für die Innenstädte. Vor kurzem legte die Verwaltung den ersten Teil vor und präsentierte ein Konzept für den Wall in Elberfeld. Ein professionelles Management für die Innenstädte bedeutet, jemand muss sich „kümmern“. Zum Beispiel neue MieterInnen für die leerstehenden Ladenlokale suchen, mit InvestorInnen sprechen und zwischen deren Interessen und den HausbesitzerInnen vermitteln. Die Discounter (ALDI, LIDL, PLUS usw.) sind dazu übergegangen, aus den Innenstädten in die Peripherie auszuweichen und bauen dort neue Märkte mit 100 Parkplätzen an der Autobahn oder außerhalb der Innenstädte. So plant ALDI Märkte neben

Akzenta an der Steinbeck und auf dem ELBA-Gelände unweit des Robert-Daum-Platzes. Zwischen beiden Standorten liegen nur 350 Meter, aus planerischer Sicht überhaupt nicht zweckmäßig! Der Nachteil für die Menschen, die bisher zu Fuß einkaufen konnten ist, dass die ALDI-Märkte am Deweerthschen Garten und in der Kölner Straße geschlossen werden. Dadurch wird auch das Überleben der kleinen Läden im Umkreis schwieriger. Bisher noch ganz gut laufende Einkaufsstrassen werden veröden und am Ende der Entwicklung gibt es außer wenigen Familienbetrieben keine Lebensmittelmärkte in den Wohnbezirken mehr. Ohne Auto wird das Einkaufen dann nahezu unmöglich. Wir GRÜNE setzen uns für lebendige Innenstädte und funktionierende Einkaufsmöglichkeiten in den Wohnbezirken ein. Nur so können die verschiedenen Bedürfnisse (Wohnen, Einkaufen, Freizeitgestaltung) wohnungsnah befriedigt werden.

Klaus Lüdemann, Fraktionssprecher der Bezirksvertretung Elberfeld

BV Vohwinkel

Engagement der GRÜNEN

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bezirksvertretung (BV) Vohwinkel besteht seit September 2004 aus zwei Personen: Gerhard Schäfer (stellvertretender Bezirksvorsteher) und Klaus von Zahn (Fraktionssprecher). Von Anfang an sahen wir uns einer nur inoffiziell eingestandenen großen Koalition gegenüber, die versuchte, das Geschehen in der BV zu dominieren.

Dies ist ihr kaum gelungen, da wir im vergangenen Jahr 20 Anträge und Anfragen gestellt haben (zum Vergleich: die SPD hat 2 auf den Weg gebracht...) und viele Themen inhaltlich besetzen konnten. Dazu zählen beispielsweise die Gestaltung des Bahnhofumfeldes und der Schwebebahn-Endstation, die neue Buslinie nach Cronenberg, der Fußweg in die Lüntenbeck sowie die Nachnutzung der Abbaugruben der Kalkwerke. Die meisten Initiativen fanden im übrigen eine Mehrheit, was die grundsätzlich konstruktive Atmosphäre in der Bezirksvertretung verdeutlicht. CDU und WfW sind überaus rege, die

SPD inhaltlich kaum wahrnehmbar und die FDP komplett bedeutungslos, sie stellte bislang keinen Antrag.

Was wird uns dieses Jahr beschäftigen?

Die Themen für 2006 werden unter anderem das beantragte Verkehrsgutachten für Vohwinkel, die Feierlichkeiten zur 650-Jahr-Feier des Stadtteils, die Nachnutzung der Deponie Lüntenbeck als Landschaftspark und das neue Gewerbegebiet VohRang in der Talsohle sein. Dieses Gewerbegebiet hat mit dem Schutz großer benachbarter Flächen für gefährdete Tierarten, mit der Anlage eines Radweges in Tallage und mit einem geplanten Bahnanschluss umweltfreundliche Aspekte vorzuweisen, die uns die Zustimmung zu diesen Planungen leichter machten. Nun ist noch darauf zu achten, dass keine die Nachbarschaft störenden Industriebetriebe angesiedelt werden und der zusätzlich auftretende Verkehr für den Stadtteil verträglich bleibt. Das hierfür erstellte Gutachten war auch Auslöser für den gemeinsamen politischen Antrag, ein Gesamtver-

kehrsgutachten für Vohwinkel erstellen zu lassen. Wir konnten dabei die großen Fraktionen davon überzeugen, auch die Fußgänger- und Radverkehrsentwicklung zu betrachten und von der Verwaltung Vorschläge für eine Verbesserung erarbeiten zu lassen.

Wir werden uns in der Bezirksvertretung auch den neuesten Bevölkerungsprognosen stellen müssen, die für Vohwinkel einen dramatischen Bevölkerungsverlust vorhersagen. Es gilt Ursachen zu ermitteln und politisch gegen zu steuern, damit der Stadtteil in den nächsten Jahren nicht tatsächlich mehrere tausend EinwohnerInnen verliert.

Ein entsprechender Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist in Vorbereitung.

Nun gilt es aber erst einmal die Festwoche zum Stadtteil-Jubiläum im Mai zu genießen, die mit großem Engagement von Vohwinkeler Bürgerinnen und Bürgern organisiert wird.

Wir freuen uns drauf!

Klaus von Zahn, Fraktionssprecher der GRÜNEN in der BV Vohwinkel

Verbesserungen bei Hartz IV

„Hartz IV“ war und ist umstritten und wird auch weiterhin in der Kritik bleiben. Die mit diesem Kürzel bezeichnete Gesetzesreform, von der auch in Wuppertal Zehntausende BürgerInnen betroffen sind, ist für viele mit erheblichen Einschnitten und Veränderungen verbunden, für manche durchaus mit Verbesserungen ihrer Lebenssituation. Wir wollen hier noch einmal „Hartz IV“ in Gänze würdigen, sondern festhalten, dass auch durch noch so einschneidende Maßnahmen im Rahmen unserer Sozialgesetzgebung keine zusätzlichen (regulären) Arbeitsplätze geschaffen werden, in die hinein „gefordert und gefördert“ werden kann. Insofern bleibt die alte GRÜNE (Doppel-)forderung nach einer garantierten Grundsicherung (ohne „Arbeitszwang“) und Einführung eines dauerhaft steuerfinanzierten zweiten Arbeitsmarktes (für Menschen, die auf dem „ersten“ Arbeitsmarkt keine Chance mehr haben) hochaktuell. Vorerst ist dies noch Zukunftsmusik. Wir müssen zunächst mit den Mitteln arbeiten, die uns zur Verfügung stehen. Hierzu gehört die Möglichkeit, befristete regulär Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Die GRÜNE Ratsfraktion beantragte, die ARGE als „Hartz-IV-Behörde“ zu bitten, künftig einen Arbeitsschwerpunkt in der Einrichtung solcher sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse zu sehen. Einen weiteren Schwerpunkt soll die Verstärkung von Bildungsmaßnahmen verschiedener Art darstellen. Arbeitsgelegenheiten sollen demgegenüber nachrangig angeboten werden. Wir gehen davon aus, die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen mit einem breiten Konsens zwischen Rat, Verwaltung und freien Trägern mitgetragen werden.

Michael Hohagen, Mitglied im ARGE-Beirat



Ratschronik 05.12.2005

Fördermittel Schwebebahnausbau

In einer Sondersitzung hat der Rat am 05.12.2005 mit der Mehrheit von CDU und SPD den Streit um die Schwebebahn-Fördermittel beendet. CDU/SPD verzichteten damit gleichzeitig auf die Klagemöglichkeit zur Einforderung von Landesmitteln in Höhe von 113 Millionen Euro und begnügten sich mit voraussichtlich nur 105 Millionen Euro an zusätzlichen Fördermitteln für den Schwebebahnausbau. Das Finanzministerium lockte mit der Bereitschaft, noch in 2005 18,6 Millionen Euro auszugeben, die restliche Summe wird auf die kommenden zehn Jahren verteilt.

In einem „Mediationsverfahren“ soll noch eine Einigung über die ausstehenden 113 Millionen Euro erzielt werden. Die GRÜNE Fraktion stimmte gegen den Vorschlag der Verwaltung. Sie hält es für falsch, auf Rechtsmittel zu verzichten. Niemand kann vorhersagen, wie das Mediationsverfahren endet und ob es überhaupt zur Zahlung eines Teils der strittigen Fördermittel kommen wird. Die GRÜNEN wollten eine dreistellige Millionen-summe nicht so einfach abschreiben und deshalb vor allem nicht auf die Möglichkeit der Klage verzichten.

Sylvia Meyer,
Fraktionsgeschäftsführerin



Ratschronik 19.12.2005

Elefantenhochzeit

Im Dezember vereinbarten CDU und SPD eine Kooperation auf städtischer Ebene. Wie sie funktioniert konnte in dieser Ratssitzung beobachtet werden. Auf dem Altar der großen Kooperation wurden geopfert: die Bergische Weiterbildung, die Grundschulbezirke und die Baumschutzsatzung.

Städtischer Haushalt 2006/07

Wie schon beim letzten Doppelhaushalt fanden auch dieses Mal keine Beratungen in den Fachausschüssen statt. Um die Öffentlichkeit einzubeziehen, beantragte die GRÜNE Ratsfraktion die öffentliche Erläuterung des Haushaltes in verschiedenen Foren. Beschlossen wurde die Durchführung einer Veranstaltung, die bis zum heutigen Tage nicht umgesetzt wurde. Der OB erläuterte, der Rat habe nicht beschlossen, wann die Veranstaltung stattfinden solle...

Zustimmung fand der Haushalt allein bei der großen Kooperation aus CDU und SPD, die GRÜNEN haben ihn abgelehnt.

Bergische Weiterbildung

Von Mitte bis Ende 2005 setzte sich die Fraktion kritisch mit der Organisation der Weiterbildung im bergischen Städteverbund auseinander. Viele Bedenken konnten auch nach Monaten von der Verwaltung nicht ausgeräumt werden, die Remscheider Politik hat sich komplett aus dem Projekt herausgezogen. Der Zweckverband wurde also nur für Wuppertal und Solingen gegen die Stimmen der Wuppertaler und Solinger GRÜNEN auf den Weg gebracht. Die SPD stimmte für die Zweierlösung, die sie noch Tage zuvor als indiskutabel bezeichnet hatte.

Resolution „Grundschulbezirke beibehalten“

Jede Fraktion ein Antrag. Die Initiative der schwarz-gelben Landesregierung zur Abschaffung der Schulbezirksgrenzen wurde von den Fraktionen größtenteils abgelehnt. Die SPD musste jedoch Rücksicht auf ihren neuen Kooperationspartner nehmen und forderte zusammen mit der CDU das Land auf, den Kommunen die

Entscheidung über den Umgang mit Schulbezirksgrenzen zu überlassen. Der GRÜNE Antrag auf Beibehaltung der Schulbezirksgrenzen wurde als erledigt erklärt.

Baumschutzsatzung gefällt

Eine große Kooperations-Kröte hatte die SPD-Fraktion zu schlucken: die Baumschutzsatzung wurde mit ihren Stimmen (sowie CDU, FDP und Grauen) abgeschafft.

Ab Mitte nächsten Jahres dürfen auch Bäume mit mehr als 80 Zentimetern Umfang ohne Genehmigung gefällt werden. Ein schwarzer Tag für den Umweltschutz!

Die Fraktion engagiert sich mit vielen anderen für die Rücknahme des Beschlusses, die Stadtbaumfreunde haben 10.866 Unterschriften für ein Bürgerbegehren gegen die Abschaffung gesammelt, viele Menschen haben sie darin unterstützt. Leider fehlten einige Unterschriften. 11.000 hätten genügt, um einen Bürgerentscheid durchführen zu können.

Sylvia Meyer



Fahrrad selber kaufen
ABO
geschenkt

■ Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten, Coupon ausfüllen und an die Grüne Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wuppertal schicken.

Name

Anschrift

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „DIESE GRÜNEN!“ damit einverstanden, daß bei der Änderung die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitung weitergeleitet wird.

Ratschronik 20.02.2006

Kosten von Gutachten

In einer Anfrage erkundigte sich die GRÜNE Fraktion, wie viel Geld der Geschäftsbereich 4 – Zentrale Dienstleistungen – in den letzten fünf Jahren für Gutachten und externe Beratungsleistungen ausgegeben hat. Der größte Kostenfaktor war das Neue Kommunale Finanzmanagement mit fast 2 Mio. Euro, gefolgt von Dienstleistungen zur Modernisierung der Informations- und Kommunikationsstruktur mit etwas über einer halben Mio. Euro.

Schützenswerte Bäume

Auf Anfrage der GRÜNEN Fraktion erläuterte die Verwaltung, dass nach Abschaffung der Baumschutzsatzung nur wenige Bäume als Naturdenkmal in Frage kommen werden, da hier besondere Kriterien zu erfüllen sind. Die Sicherung und der Erhalt der Naturdenkmale obliegt der Stadt, die zusätzlichen Kosten sind noch nicht abzuschätzen. Der größte Teil des privaten Baumbestandes wird ab Juli keinen Schutz mehr haben.

Deponie Lüntenbeck

Aus den Medien erfuhren die GRÜNEN,

dass die AWG beabsichtigt, 50.000 Tonnen belasteter Schlacke auf die ehemalige Deponie Lüntenbeck zu füllen. Die städtischen Gremien hatten kurz zuvor das Vorhaben, diese in einen Landschafts- und Kulturpark zu verwandeln, einhellig gelobt. Die Pläne der AWG wurden dort nicht angesprochen.

Die GRÜNE Fraktion kritisiert vor allem, dass die politische Gremien (die Stadt ist Eigentümerin der Fläche) nicht über die Pläne der AWG informiert wurden. Deshalb erkundigte sich die GRÜNE Fraktion im Rat nach den formalen Abläufen, um Licht ins Dunkel zu bringen. Zum Beispiel wie es möglich sein kann, dass die AWG als städtische Tochter ohne Rücksprache mit der Auftrag gebenden Stadtverwaltung entscheidet, belastete Schlacke statt umweltgerechterer Materialien zur Oberflächenabdichtung zu verwenden. (siehe auch Interview auf S. 2).

Erhalt der Baumschutzsatzung

Zwei Bürgeranträge zum Erhalt der Baumschutzsatzung wurden im Hauptausschuss abgelehnt. Als Begrün-

dung diente der Ratsbeschluss vom Dezember 2005, der mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grauer die Baumschutzsatzung zum 01.07.2006 abgeschafft hatte. Die Satzung zur Aufhebung des Baumschutzes wurde mit gleicher Mehrheit beschlossen.

Ein gemeinsamer Antrag von SPD und GRÜNEN in der Bezirksvertretung Elberfeld forderte den Rat auf, die Baumschutzsatzung nicht abzuschaffen, sondern zu modifizieren. Der Rat beschloss, diesen Antrag nicht zu befassen.

Frauenhäuser NRW auf jetzigem Niveau absichern

Schon im Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann wurde beschlossen, die geplanten Kürzungen der schwarz-gelb geführten Landesregierung in Höhe von 30 Prozent der Personalkostenzuschüsse bei den Frauenhäusern abzulehnen. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig auf den Weg gebracht. Der Rat ist dem Vorschlag ebenfalls einstimmig gefolgt. (siehe auch Interview auf S. 3)

Nicht auf Kosten von

Kindern und Jugendlichen sparen

Die geplanten Kürzungen der Landesregierung im Kinder- und Jugendbereich nahm die GRÜNE Ratsfraktion zum Anlass, eine Resolution gegen die Maßnahmen in den Rat einzubringen. Leider vertagte die Ratsmehrheit von CDU und SPD den Antrag in den Jugendhilfeausschuss, obwohl jetzt die Diskussionen geführt werden. Der Landtag verabschiedet den Haushalt bereits Mitte Mai.

ARGE 2006 – Eingliederungsprogramm

Mit ihrem Antrag zum Eingliederungsprogramm der ARGE forderte die GRÜNE Fraktion gezielte Fördermaßnahmen für Langzeitarbeitslose, um sie besser in den ersten Arbeitsmarkt vermitteln zu können. Deshalb wird die Trägerversammlung der Arbeitsgemeinschaft gebeten, verstärkt z.B. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Qualifizierungsmöglichkeiten und andere Maßnahmen in ihr Managementprogramm für 2006 mit aufzunehmen. Leider wurde der Antrag zunächst an den Fachausschuss zur Beratung überwiesen, obwohl die genann-

ten Vorschläge auch im Haushalt der ARGE für 2006 wirksam werden und deshalb so schnell wie möglich dort beraten werden müssen.

Sanierung der Wuppertaler Bühnen

Die Sanierung des Opern- und Schauspielhauses auf den Weg gebracht: für das Opernhaus werden 23 Mio. Euro für Brandschutz, die Verbesserung und den zukunftsfähigen Ausbau des Hauses verwendet. 6,3 Mio. Euro werden für die technische Ausrüstung des Schauspielhauses aufgebracht. Damit ist die Beispielbarkeit beider Häuser gesichert. Die GRÜNEN stimmten den Vorlagen zu.

Erhalt des Wuppertal Institutes

Auf Antrag von fünf Fraktionen, darunter Bündnis 90/DIE GRÜNEN, beschloss der Rat mit großer Mehrheit eine Resolution zur Sicherung des Wuppertal-Institutes. Damit wird die Landesregierung aufgefordert, die Zuschüsse des Institutes nicht zu kürzen.

Sylvia Meyer